

## Geschichte des Nahostkonfliktes bis zur Staatsgründung Israels und den nachfolgenden Kriegen

Das Palästina-Problem hat seine Wurzeln im ausgehenden 19. Jahrhundert, als Palästina noch Teil des osmanischen Reiches war. Damals entwickelte sich, mitverursacht durch Pogrome vor allem im zaristischen Rußland, der jüdische Nationalismus, der sogenannte Zionismus. Der Vater des politischen Zionismus war der österreich-ungarische Jude Theodor Herzl. Sein Ziel war es, nach jahrhundertelanger Unterdrückung der Juden in aller Welt, in Palästina eine selbstbestimmte nationale, jüdische Heimstätte zu schaffen. Auf dem ersten Zionistenkongreß in Basel kurz vor der Jahrhundertwende wurde diese Idee des Zionismus nicht nur auf eine breite Grundlage gestellt, sondern es wurden bereits Institutionen ins Leben gerufen, die für die Einwanderung nach Palästina werben und sie organisieren sollten. Schon ab diesem frühen Zeitpunkt war die Einwanderung von Juden nach Palästina nicht mehr nur individuell, sondern erhielt einen systematischen, organisatorischen Rahmen. Wichtigste Institution wurde später die Jewish Agency, die für die Anwerbung von Juden in aller Welt, für den Ankauf von Land in Palästina, meist von arabischen Großgrundbesitzern, und die Zuteilung des Bodens an die Einwanderer zuständig war.

Die Idee des Zionismus stieß allerdings bei den Juden nicht nur auf Gegenliebe. So sahen die leidlich assoziierten Juden Westeuropas darin eine Gefahr für ihre eigene Integration, da die Zionisten nur Palästina als die eigentliche Heimat der Juden anerkannten. Tatsächlich wanderten aus Ländern, in denen Juden keine Assimilationsschwierigkeiten hatten, wie Kanada und die Vereinigten Staaten, praktisch keine Juden nach Palästina aus. Selbst der Großteil der Juden aus Osteuropa wanderte nicht in das gelobte Land, sondern nach Amerika aus. So emigrierten zwischen 1892 und 1920 nur ungefähr 60.000 Juden nach Palästina, während im gleichen Zeitraum ungefähr 2 Millionen Juden in die Vereinigten Staaten und nach Kanada gingen. Auch die strenggläubigen orthodoxen Juden, wie z.B. die seit Jahrhunderten in Palästina lebenden Juden, lehnten den Zionismus ab. Denn nach ihrer Auffassung darf der von Gott verkündete jüdische Staat nur durch den Messias, also durch Gottes Hand, und niemals durch Menschenhand, wie es sich der Zionismus zum Ziel gesetzt hat, errichtet werden. Die orthodoxen Juden hielten diese Idee und halten sie teilweise noch heute für Gotteslästerung.

Bereits 1882 hatte mit der ersten Alija (Einwanderungswelle) vor allem von Juden aus Osteuropa die Einwanderung nach Palästina begonnen. Bis zu diesem Zeitpunkt lebten dort ungefähr 450.000 Menschen, von denen 24.000, also gut fünf Prozent, Juden waren. Auch die drei weiteren Einwanderungswellen brachten vor allem Juden aus Osteuropa nach Palästina. Besonders die Juden der zweiten Alija von 1904 bis 1914 prägten die weitere Entwicklung des Landes und trugen wesentlich zur späteren Staatsgründung bei. Zu ihnen gehörte u.a. David Ben Gurion, der 1948 Israels erster Ministerpräsident wurde. Diese Juden waren von den revolutionären Umwälzungen in Rußland sozialistisch geprägt und organisierten ihre neu gegründeten landwirtschaftlichen Gemeinwesen (Kibuzzim z.B.) entsprechend. Sie waren im übrigen alles andere als religiös. Sie wollten einen neuen jüdischen Menschentyp verkörpern, der nicht mehr der in seiner dunklen Betstube grübelnde und betende orthodoxe Jude sein sollte, sondern der unermüdliche, zähe Bauer, der dem unwirtlichen Boden Palästinas mit den eigenen Händen seinen Lebensunterhalt abrang. Privateigentum war unter diesen Einwanderern verpönt, Männer und Frauen waren gleichberechtigt, die Lebensgemeinschaft der Ehe wurde gar als kleinbürgerlich-spießig belächelt. Es läßt sich leicht nachvollziehen, dass diese Menschen auf die einheimische

Bevölkerung, die noch in traditionellen, feudalistischen Strukturen lebte, äußerst befremdlich wirkten. Befremdlich wirkten diese Neueinwanderer übrigens nicht nur auf die einheimischen muslimischen und christlichen Araber, sondern auch auf die alteingesessenen religiösen Juden.

Je mehr Juden ins Land kamen, umso mehr wirkten sie nicht nur befremdlich, sondern zunehmend bedrohlich, denn die dahinterstehende Ideologie und das Ziel der Einwanderung, nämlich die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk, blieb auch der dort lebenden arabischen Bevölkerung nicht verborgen. Einen erfolgreichen Schritt in diese Richtung konnten die Juden 1917 mit der sogenannten Balfour-Erklärung verzeichnen. Die Engländer hatten die 400 Jahre währende Vorherrschaft der Türken im Nahen Osten im Verlaufe des Ersten Weltkrieges beendet. Der damalige britische Außenminister Balfour erklärte gegenüber den organisierten Zionisten Englands in einem Brief die Bereitschaft der englischen Regierung, die Juden bei der Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina zu unterstützen. Zum damaligen Zeitpunkt lebten gut 600.000 Araber und gut 50.000 Juden in Palästina, also immer noch mehr als 90% Araber. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde England 1922 Mandatsmacht für ganz Palästina, wobei das Gebiet östlich des Jordan dem arabischen Haschemitenemir Abdallah gewissermaßen als Ausgleich für die judenfreundliche Politik Englands übereignet worden war. Der Mandatsvertrag sicherte den Juden im westlich des Jordan gelegenen Mandatsgebiet auf der Grundlage der Balfour-Erklärung das ihnen dort zugesprochene Recht auf eine nationale Heimstätte zu und sollte unter anderem die weitere jüdische Einwanderung erleichtern. Über die nationalen Rechte der weit überwiegend arabischen Einwohner sagte der Vertrag nichts. Aufgabe der mit einem Mandat beauftragten Großmächte war es eigentlich, die einheimischen Völker sozial, politisch und wirtschaftlich auf die Unabhängigkeit hinzuführen und sie schließlich in diese zu entlassen. Im Fall der arabischen Bevölkerung Palästinas geschah in dieser Hinsicht wenig, im Gegenteil, eine erst kürzlich ins Land eingewanderte Gruppe von Menschen erhielt beziehungsweise nahm sich die Rechte, die eigentlich dem palästinensischen Volk zustanden. Im Gefolge der Mandatspolitik kamen in zwei weiteren Einwanderungswellen Juden aus Rußland (1919-1923) und dann aus Polen (1924-1931) nach Palästina. So wuchs beispielsweise das direkt neben der arabischen Hafenstadt Jaffa gegründete Tel Aviv von 3.600 Menschen im Jahr 1921 auf 40.000 im Jahr 1925.

Während die jüdischen Einwanderer in jeder Beziehung, auch militärisch, ausgezeichnet organisiert und hochmotiviert waren und zudem durch Millionen Dollarbeträge aus Amerika und Europa unterstützt wurden, verhinderte die feudalistische Struktur und die Mittellosigkeit der arabischen Gesellschaft eine ebenbürtige politische Entwicklung. Eigeninteressen der einflußreichen Feudalfamilien und ein niedriger Bildungsstand der breiten Bevölkerungsschicht verhinderten eine wirksame Politik gegenüber der Mandatsmacht und den Zionisten. Der Widerstand gegen die jüdische Einwanderung erschöpfte sich folglich in wiederholten blutigen Übergriffen auf die jüdischen Einwanderer, die ebenso blutig von einzelnen zionistischen Untergrundgruppen erwidert wurden. Erst in den dreißiger Jahren begann sich ein nennenswerter palästinensischer Nationalismus zu entwickeln, der schließlich 1936 in einem landesweiten Generalstreik und Aufstand mündete. Beides wurde von der englischen Mandatsmacht mit Unterstützung der Zionisten blutig niedergeschlagen. Die gesamte Führungsspitze wurde verhaftet, zum Teil hingerichtet bzw. ins Ausland vertrieben. Die Folgen dieser Niederwerfung blieben noch bis zum UNO-Teilungsbeschluss und zur Staatsgründung Israels für die palästinensische Nationalbewegung zu ihrem großen Nachteil spürbar.\*

Nach der fünften Alija in den dreißiger Jahren von Juden aus dem nationalsozialistischen Deutschland kam es dann nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im November 1947 zur Entscheidung der Vereinten Nationen, Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat zu teilen. Auch die UDSSR unterstützte die Teilung. Im Mai 1948 wurde schließlich der Staat Israel ausgerufen. Bei der Entscheidung der UNO betrug der jüdische Bevölkerungsanteil Palästinas immer noch nur ein Drittel, der Anteil an erworbenem Grund und Boden trotz der immensen Unterstützung aus dem Ausland sogar nicht einmal 6%. Die Vernichtung von Millionen europäischer Juden im Dritten Reich hat das Abstimmungsverhalten der Länder in der Vollversammlung verständlicherweise beträchtlich beeinflusst. Das Weltgewissen, das Gefühl einer moralischen Verpflichtung, das jüdische Volk angesichts des erlittenen unbeschreiblichen Unrechts wenigstens etwas zu entschädigen, hat eine wesentliche Rolle gespielt. Die Fundamente für die Errichtung eines jüdischen Staates waren aber schon lange vorher gelegt worden. Die Wünsche der arabischen Bevölkerung und die Folgen der Teilung für sie wurden von den Vereinten Nationen dagegen kaum berücksichtigt.

Mit der Entscheidung der UNO, also schon ein halbes Jahr vor der eigentlichen Staatsgründung Israels im Mai 1948 und damit ein halbes Jahr vor dem Beginn des ersten israelisch-arabischen Krieges, begann der Bürgerkrieg in Palästina. In seinem Verlauf sicherten die paramilitärischen israelischen Einheiten das eigene Territorium und eroberten große Teile der dem arabischen Staat von der UNO zugesprochenen Gebiete. Daran änderte auch der Einmarsch der arabischen Staaten am Tag nach der Staatsgründung nichts. Der jüdische Staat umfasste schließlich nach seiner Konsolidierung 78% der Fläche Palästinas anstatt 56% entsprechend dem UNO-Teilungsbeschluss. Die Niederlage der arabischen Staaten erklärt sich vor allem aus ihrer Uneinigkeit untereinander und aus der militärischen Überlegenheit der israelischen Armee.

Die Flucht und Vertreibung des palästinensischen Volkes begann unmittelbar nach der Entscheidung der UNO. Mindestens 750.000 Menschen mussten von November 1947 bis November 1949 nach UNO-Angaben ihre Heimat verlassen und flohen in den Gaza-Streifen und das Westjordanland, nach Ägypten, Jordanien, Syrien und in den Libanon. Etwa die Hälfte dieser Flüchtlinge floh bereits vor der Staatsgründung Israels. In den Libanon flohen damals 100.000 Palästinenser, die bis heute auf gut 380.000 Flüchtlinge angewachsen sind. Die Menschen flohen teilweise schlicht aus Angst vor den kriegerischen Auseinandersetzungen, teilweise wurden sie durch die Gewalt israelischer Milizen und Truppen und teilweise aufgrund massiven israelischen psychologischen Druckes regelrecht vertrieben. Etwa 430 palästinensische Dörfer wurden in den Jahren 1948/49 von israelischen Einheiten dem Erdboden gleichgemacht. Das Massaker von Deir Jassin Anfang April 1948 (vor der Staatsgründung), bei dem etwa 250 Araber, meist alte Menschen, Frauen und Kinder, von Menachem Begine Terrormiliz Lechi ermordet wurden, steht stellvertretend für diese Gewalt und hat wesentlich zur weiteren Fluchtbewegung beigetragen.

Die palästinensischen Flüchtlinge glaubten dennoch an eine baldige Rückkehr in ihre Heimat nach wenigen Wochen, höchstens Monaten. Die UNO bescheinigte im Dezember 1948 in ihrer Resolution 194 den Flüchtlingen ihr Recht auf Rückkehr. Aber schon einen Tag später verabschiedete das israelische Kabinett u.a. die „Notstandsverordnung über das Eigentum Abwesender“. Eigentum von abwesenden Palästinensern durfte danach sogar bei einem Ortswechsel innerhalb Israels von israelischen Behörden beschlagnahmt werden.

Während die damaligen Flüchtlinge in Jordanien volle Bürgerrechte erhielten, wobei sich allerdings das jordanische Königshaus das den Palästinensern laut Teilungsplan zugesprochene Westjordanland einverleibt hatte, behielten sie in den anderen arabischen Staaten ihren Flüchtlingsstatus bei. Sie wurden teilweise rigorosen Einschränkungen unterworfen und leben bis heute zum Teil in Flüchtlingslagern. Für die arabischen Staaten waren die palästinensischen Flüchtlinge zweifellos auch ein Mittel, ihre Interessen in den Auseinandersetzungen mit Israel besser durchsetzen zu können. Für die arabischen Staaten dieser Region, die alle ihre Unabhängigkeit erreicht hatten, bedeutete die Entstehung des israelischen Staates, der zudem noch im Herzen des Nahen Ostens liegt, aber vor allem eine Fortsetzung der kolonialen Besatzung. Die Vorherrschaft der Türken war von den Engländern und diese gewissermaßen von den Israelis abgelöst worden. Dennoch erklärten sich die arabischen Anrainerstaaten 1949 auf der Friedenskonferenz von Lausanne bereit, Israel in den Grenzen des UNO-Teilungsbeschlusses anzuerkennen, wenn gleichzeitig die Flüchtlinge zurückkehren dürften. Dies wurde jedoch von Israel abgelehnt. Obwohl der Staat Israel 1949 nur mit der Maßgabe in die Vereinten Nationen aufgenommen worden ist, die UNO-Resolutionen (u.a. 194) umzusetzen, verweigern alle israelischen Regierungen den palästinensischen Flüchtlingen bis heute nicht nur die Rückkehr, sondern selbst die Anerkennung ihres Rechts darauf.

Permanente Krisen und eine Reihe von Kriegen folgten: Der Krieg um die Nationalisierung des Suez-Kanals 1956, in dem Israel an der Seite der ehemaligen Kolonialmächte England und Frankreich Ägypten angriff. Der Sechs-Tage-Krieg von 1967, dessen Ergebnis die Besetzung der Sinai-Halbinsel, des Gaza-Streifens, der Westbank und der Golanhöhen durch einen Präventivschlag Israels nach politischen Spannungen in der Region war. Der Yom-Kippur-Krieg 1973, als dessen Folge Ägypten die Sinai-Halbinsel zurückerhielt. Und die Invasionen der israelischen Armee u.a. 1978 und 1982 in den vom Bürgerkrieg geschüttelten Libanon, aus denen die Besetzung des Südlibanon hervorging, die Errichtung der sogenannten israelischen Sicherheitszone, die im Sommer 2000 dann aufgrund des militärischen Drucks der libanesischen Hisbollah von der israelischen Armee geräumt wurde.

Als wesentliche Mitverursacher der dramatischen Entwicklung schufen die Vereinten Nationen die United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (UNRWA). Sie sollte die Flüchtlinge bis zur Rückkehr in ihre Heimat mit dem Nötigsten versorgen. Heute zählt die UNRWA in ihrem Zuständigkeitsbereich (Westbank, Gaza, Jordanien, Syrien, Libanon) mehr als 3,5 Mill. Flüchtlinge, 380.000 davon allein im Libanon. Die Mittel der UNRWA sind völlig unzureichend, besonders da sich die Flüchtlinge in Westbank und Gaza seit Herbst 2000 unter Kriegszustand befinden. Aber auch im Libanon leiden die palästinensischen Flüchtlinge, anders als in Jordanien und Syrien, wo sie volle Bürgerrechte bzw. zumindest alle zivilen Rechte genießen, unter unzureichender Versorgung. Das praktische Arbeitsverbot außerhalb der Flüchtlingslager und die Verweigerung vieler ziviler Rechte widersprechen nicht nur der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern machen die Flüchtlinge vollständig von Hilfe von außen abhängig, schaffen Verelendung, Perspektivlosigkeit und Frustrationen.

Flüchtlingskinder im Libanon e.V., [www.lib-hilfe.de](http://www.lib-hilfe.de)  
c/o Ingrid Rumpf, Birnenweg 2, 72793 Pfullingen, [irumpf@lib-hilfe.de](mailto:irumpf@lib-hilfe.de)

#### Quellen:

Baumgarten, Helga, 1991: „Palästina: Befreiung in den Staat“, Edition Suhrkamp  
Flapan, Simcha, 1988: „Die Geburt Israels“, München  
Hollstein, Walter, 1977: „Kein Frieden um Israel“, Bonn  
Schreiber, Friedrich u. Wolffsohn, Michael, 1993: „Nahost“, Opladen